

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, die ihre Redezeit nicht voll in Anspruch genommen haben.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir jetzt direkt über den **Antrag Drucksache 14/10374** ab. Wer ist für den Antrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

11 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9853

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
Drucksache 14/10387

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9949

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10433

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10438

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung. – Als erster Redner erhält Herr Abgeordneter Wittke für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt kommen wieder die Bekenntnisaufrufe! – Svenja Schulze [SPD]: Jetzt geht es wieder in die Kirche!)

Oliver Wittke^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auf besonderen Wunsch der

SPD-Fraktion möchte ich mit einem Bekenntnis beginnen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich habe es doch gewusst!)

Jawohl, wir bedauern es, dass es noch nicht gelungen ist, den Landesentwicklungsplan und das Landesentwicklungsprogramm zu einem einheitlichen Werk zusammenzuführen. Aber für uns gilt: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Bevor Sie sich gleich darüber mokieren, Herr Kollege Bollermann, will ich Sie daran erinnern, dass es Ihre Landesregierung war,

(Zuruf von der SPD: Unser aller Landesregierung!)

die schon im Jahr 2002 angekündigt hat, in den Jahren 2003 und 2004 beide Werke zusammenzuführen.

Damals sagte ein führender Mitarbeiter der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen – ich zitiere wörtlich –:

Die Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen wird sich in den Jahren 2003 und 2004 anschließen.

Ich will jetzt nicht darüber richten, warum Sie es nicht geschafft haben, diese beiden Werke zusammenzuführen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Es wird eine Organisationsvereinbarung dazu getroffen!)

Aber Sie sollten sich hüten, hier und heute Kritik an der aktuellen Regierung zu üben, dass sie es noch nicht hinbekommen hat. Es wird kommen – ganz klar –, und es ist auch dringend notwendig. Aber noch einmal: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

Gleichwohl hat die heutige Verlängerung der Befristung des Landesentwicklungsprogramms einen großen Vorteil. Wir können nämlich die Gelegenheit nutzen, eine Vorschrift zu ändern, die eine wesentliche Rolle im Datteln-Urteil gespielt hat. Ich meine damit die Frage, wie die Energieversorgung bei uns in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahrzehnten sichergestellt werden soll.

Da hat sich seit Beschluss des Landesentwicklungsprogramms einiges in Nordrhein-Westfalen geändert. Da ist nicht nur der für das Jahr 2018 vorgesehene komplette Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle dazugekommen, sondern seitdem ist zu einem ganz überwiegenden Teil die Steinkohle, die bei uns in Nordrhein-Westfalen verfeuert wird, Importkohle.

Das ist der Grund, warum die Fraktionen von CDU und FDP heute beantragen, den § 26 des Landes-

entwicklungsprogramms zu streichen. Ich sage ausdrücklich, es ist kein Wechsel in der Klimaschutzpolitik dieser Landesregierung,

(Beifall von CDU und FDP)

es ist kein Wechsel in unserem Bestreben, die regenerativen Energien weiter auszubauen.

Um es kurz auf den Punkt zu bringen, Herr Kollege Priggen: Jawohl, wir wollen die regenerativen Energien bei uns in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen. Jawohl, wir wollen das mit aller Macht, und wir wollen es so schnell wie möglich. Aber Fakt ist auch, dass derzeit nur rund 15 % des Energiebedarfs der Bundesrepublik Deutschland durch regenerative Energien gedeckt werden können. Die anderen 85 % müssen anderweitig erwirtschaftet werden. Da gibt es drei Möglichkeiten:

Möglichkeit eins ist, preiswerten französischen Atomstrom zu importieren. Das wollen wir nicht.

Die zweite Möglichkeit ist, konventionelle Kraftwerke mit einem erbärmlichen Wirkungsgrad und mit massiven Schadstoffausstößen weiter am Netz zu lassen. Auch das wollen wir nicht.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir auch nicht!)

Was wir dagegen wollen, ist, dafür zu sorgen, dass hocheffiziente und hochmoderne Kraftwerke als Brückentechnologie die Lücke füllen können, bis die regenerativen Energien so weit sind, dass sie einen nennenswerten, möglichst am Ende 100 %igen Beitrag zur Energieversorgung unseres Landes leisten können.

(Beifall von CDU und FDP)

Um nichts anderes geht es uns, wenn wir darum kämpfen, dass die Baustelle Datteln so schnell wie möglich einem Ende zugeführt werden und das neue, hocheffiziente, moderne und umweltfreundliche Kraftwerk ans Netz gehen kann.

Meine Damen und Herren, dass die Grünen gegen Atomenergie, gegen Braunkohle, gegen Steinkohle und ich weiß nicht gegen was noch alles sind, wissen wir mittlerweile hinreichend.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dass man so keine Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen, für eines der wichtigsten Industrieländer Europas, machen kann, ist, glaube ich, auch jedem klar.

Neu ist, dass sich die Sozialdemokraten aus einem jahrzehntelangen Konsens verabschieden, nur um des politischen Vorteils willen, nur, weil sie glauben, dass sie politische Effekthascherei betreiben können.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Sie sind in der Tat der Auffassung, die Menschen würden es nicht merken, dass Sie hier nur politisches Kapital ausschlagen wollen.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

In Wahrheit, Herr Römer, setzen Sie den Industriestandort Nordrhein-Westfalen aufs Spiel und veründigen sich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Quatsch! Absoluter Quatsch!)

Darum will ich noch einmal sagen: Derjenige, der es mit Datteln ernst meint, derjenige, der will, dass dieses Kraftwerk und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze so schnell wie möglich realisiert werden, muss heute einer Änderung des § 26 des Landesentwicklungsprogramms zustimmen.

Wir werden unserer Verantwortung für Arbeit und Beschäftigung, für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen und erst recht für die umweltpolitischen Belange dieses Landes mit diesem Antrag gerecht. Darum bitte ich um Zustimmung.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wittke. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die öffentliche Diskussion um die Streichung des Klimaschutzparagrafen des derzeit geltenden Landesentwicklungsprogramms offenbart, Herr Kollege Wittke, schonungslos das Scheitern der Wirtschaftsministerin,

(Christian Weisbrich [CDU]: Ach!)

das Scheitern der gesamten Regierung Rüttgers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Heute ist keine Zeit für Einzelheiten.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Das müssen wir, Herr Kollege Weisbrich, sachgerecht und in Ruhe nochmals im Ausschuss diskutieren.

Weil, Herr Kollege Wittke, Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen muss, eines vorab: Wir haben beantragt, eine Rücküberweisung in den Wirtschaftsausschuss vorzunehmen, und wir haben heute beantragt, eine dritte Lesung durchzuführen, weil Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen muss. Beides ist zwingend erforderlich, damit dem Energieland Nordrhein-Westfalen nicht noch mehr Schaden zugefügt wird. Beides ist erforderlich, damit Schaden von unserer Demokratie abgewendet wird.

Ich will nur an einige wenige Stationen erinnern, die uns zur heutigen zweiten Lesung geführt haben:

Anfang September stellt das Oberverwaltungsgericht schwerwiegende Fehler der Landesregierung bei der Genehmigung des E.ON-Kraftwerks Datteln fest. Durch Regierungsmurks, Herr Wittke, werden Unternehmen und Anwohner verunsichert. Und durch Regierungsmurks werden die Kolleginnen und Kollegen auf der Baustelle in existenzielle Unsicherheit gestürzt.

Anfang Oktober startet Frau Thoben einen Ablenkungsversuch. Sie stellt ohne Not alle Kraftwerksstandorte infrage.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Hört, hört!)

Aus dem Einzelfall Datteln macht sie einen Flächenbrand, um von ihrem Versagen in Datteln abzulenken, und kündigt eine kurzfristige Anpassung im Landesentwicklungsplan an. Der BUND bezeichnet dies zu Recht als Panikmache.

(Beifall von der SPD)

Inzwischen, Frau Thoben, ist ja klar: Ihr Aktionismus ist völlig verfehlt. Das Oberverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung zu Herne 5 klargestellt, dass Datteln ein Einzelfall ist.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Das OVG bewertet Herne 5 anders, weil es sich dort um die Erweiterung eines bestehenden Altstandorts handelt und eben nicht um einen Neubau wie in Datteln. Diesen Unterschied, Frau Thoben, zwischen Erweiterungsbau und Neubau haben Sie offensichtlich bis heute nicht begriffen. Das ist Ihr Dilemma. Im Wirtschaftsausschuss legen dann CDU und FDP die Axt an die Wurzel der nordrhein-westfälischen Energiewirtschaft und wollen dem Landesentwicklungsplan die gesetzliche Grundlage entziehen, um freie Hand für ihre Vorstellungen von Energiepolitik zu haben.

Schnelligkeit war wichtig. Deshalb musste die Anhörung in kürzester Zeit durchgepeitscht werden. Aber auch die zeigte schonungslos, Herr Wittke: Die Streichung des Klimaschutzparagraphen hilft Datteln nicht, schadet aber der gesamten Energiewirtschaft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Frau Thoben, Sie haben immer wieder behauptet, die Ziele von § 26 LEPro würden Sie bei der Novelle des Landesentwicklungsplans einarbeiten. Ich glaube Ihnen das nicht.

(Svenja Schulze [SPD]: Das glaubt doch keiner!)

Deshalb drei ganz konkrete Fragen:

Erstens. Frau Thoben, im aktuellen Entwurf des LEP steht – ich zitiere –:

So weit Nachfragepotenzial und Infrastruktur vorhanden sind oder mit vertretbarem Aufwand

geschaffen werden können, kann der Wirkungsgrad der primär auf die Stromerzeugung ausgelegten Kraftwerke durch die Auskopplung von Wärmeenergie erhöht werden.

Ich frage Sie: Trifft dies zu?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Römer, gestatten Sie ...

Norbert Römer (SPD): Ich will das zu Ende führen und auf die Zeit schauen. – Glauben Sie, Frau Thoben, dass damit KWK wirklich planerisch nach vorne gebracht werden kann?

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch ein Rückschritt!)

Wenn Sie das verwirklichen wollen, stehen doch im LEP schon alle Gründe gegen KWK drin.

Zweitens. Trifft es zu, Frau Thoben, dass im aktuellen Entwurf des LEP steht – Zitat –: „Die Nutzung erneuerbarer Energien soll im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren vorangetrieben werden“?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Unerhört!)

Alle Gründe, die dagegen sprechen, führen Sie gleich wieder auf.

Drittens. Trifft es zu, dass im aktuellen Entwurf des LEP steht – Zitat –: „Die Nutzung von Standorten durch Kernkraftwerke,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was?)

die überwiegend der allgemeinen Energieerzeugung dienen, ist in Nordrhein-Westfalen ausgeschlossen“? – Frau Thoben, mit einer solchen Formulierung verhindern Sie doch keine Atomkraftwerke. Sie machen damit den Weg frei. Mit dieser Formulierung kann Herr Pinkwart doch Forschungsreaktoren bauen,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es! – Svenja Schulze [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

weil diese nicht überwiegend der allgemeinen Energieerzeugung dienen.

Mit dieser Formulierung kann Kollege Weisbrich auch weiter vom Hochtemperaturreaktor fantasieren, der Prozesswärme produziert. Denn ein solcher HTR-Atomreaktor würde ebenfalls nicht überwiegend der allgemeinen Energieerzeugung dienen. Damit streuen Sie doch den Menschen Sand in die Augen. Sie könnten klipp und klar sagen – ohne irgendeine Hintertür, ohne irgendwelche Trickserien –: Die Errichtung von Kernkraftwerken in Nordrhein-Westfalen ist ausgeschlossen. – Das tun Sie nicht, weil Sie sich Hintertüren öffnen wollen. Das ist das Schlimme, Frau Thoben: Sie haben – ich komme damit zum Schluss – in Ihrer Amtszeit das Ver-

trauen der Menschen in eine solide und verlässliche Regierungspolitik in einer Art und Weise ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Norbert Römer (SPD): ... und in einer Geschwindigkeit verspielt, wie das ohne Beispiel ist. Sie schaden damit den Menschen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie schaden dem Land Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie das sein! Kehren Sie zu einer sachgerechten Politik zurück!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Ellerbrock das Wort.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich bin mal gespannt, was Frau Thoben gleich dazu sagt!)

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss nicht immer einer Meinung sein, aber wichtig ist, dass man kalkulierbar ist.

(Britta Altenkamp [SPD]: Hauptsache, wir haben mal darüber gesprochen, Kollege Ellerbrock!)

Die Ausführungen des Kollegen Römer heute zeigen: Dieser Mann ist nicht mehr kalkulierbar.

(Beifall von FDP und CDU)

Genauso argumentiert er bei der CO-Pipeline – rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln –, leider genauso wie Peer Steinbrück.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was soll das denn?)

– Herr Kollege, das hat etwas damit zu tun, dass die Leute eine klare Linie brauchen und nicht dieses Gewurstel, was hier geliefert wird.

(Beifall von FDP und CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie werfen Nebelkerzen an dieser Stelle!)

Wenn man den Begriff Klimaschutzparagraf in den Mund nimmt, zeigt das nur, dass hier eine realitätsverleugnende missionarische Ideologie greift. Es kann ja sein, dass es da etwas anderes gibt. Das glaube ich aber nicht. Mein § 26 LEPro trägt die Überschrift: Energiewirtschaft. Dort steht nichts von Klima. Es ist also klar, worum es geht.

(Christian Weisbrich [CDU]: Die belügen doch die Leute im Land!)

Meine Damen und Herren, hinzu kommt, dass hier eine klare Aussage getroffen wird. Ich sage einmal: Lesen kann durchaus ein Standortvorteil sein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ein bisschen weiter zu lesen hilft!)

Wenn man unseren Entschließungsantrag liest, stellt man fest, dass sein letzter Satz lautet – vielleicht sind Sie nicht so weit gekommen, Kollege Römer –:

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Doch!)

Die Errichtung von Kernkraftwerken wird weiterhin ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, damit kann man ganz klar sagen, was los ist. Das wird ausgeschlossen. Hier werden also Nebelkerzen geworfen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie haben nicht zugehört, was Herr Römer gesagt hat, Herr Kollege!)

Das ist aber auch nicht schlimm. Wir wissen, woher es kommt. Deswegen kann ich meine Rede auch beenden. Das war Murks. Das war überhaupt nichts.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nicht zugehört!)

Das ist ein typischer Römer gewesen, der keinerlei Linie hat, sondern nur nach vorne geht und sagt: Ich will Krawall haben – koste es, was es wolle.

(Svenja Schulze [SPD]: Für Krawall haben wir doch schon die FDP!)

So etwas war einmal in der IG BCE führend. Das ist schade für die IG BCE. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ellerbrock. – Für die Grünen erhält der Abgeordnete Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Wittke, Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Was Sie gerade mit dem Landsplanungsgesetz machen, ist das genaue Gegenteil. Bei Ihnen geht Schnelligkeit vor Gründlichkeit. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Landesplanung und Raumordnung sind eine Königsdisziplin. Sie dienen dazu, große Konfliktpotenziale durch sorgfältige Planung zu bewältigen. Was machen Sie aber? Alles, was Sie jetzt tun, hat den einzigen Zweck, eine Baustelle zu heilen, bei der das Oberverwaltungsgericht einen Bebauungsplan für nichtig erklärt hat. Das ist genau das Gegenteil von gründlicher, sorgfältiger Planungsarbeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Kollege Ellerbrock, Sie haben gesagt: nicht das Gewurstel. Was Sie machen, ist doch genau dieses Gewurstel. Nichts anderes ist Ihr Vorgehen an dieser Stelle in einer solchen Geschwindigkeit. Sie können natürlich sagen, das Zusammenlegen von LEPro und LEP sei eine wirklich titanische Leistung. Wir haben es nicht geschafft. Sie haben es in den fünf Jahren auch nicht geschafft. Ich würde Ihnen das auch gar nicht groß vorwerfen. Das ist ein anstrengender, schwieriger Prozess, bei dem man bestimmte grundsätzliche Ziele neu justieren muss. Wenn Sie es sich für Anfang der nächsten Legislaturperiode vornehmen, ist das in Ordnung. Jetzt picken Sie sich aber eine Stelle heraus, um die Baustelle Datteln zu heilen, und packen dann mit einer solchen Geschwindigkeit auch noch den LEP an.

Was der Kollege Römer zitiert hat, ist in der Tat richtig. In dem Entwurf, den Sie zurzeit verdeckt betreiben, steht nichts anderes – das stellt man bei genauem Lesen fest –, als dass Sie zumindest Forschungsreaktoren für Atomkraft wollen. Die Formulierung „nicht überwiegend“ ist doch ganz eindeutig. Das kaschieren Sie auch nicht durch den zweiten Zusatz, den Sie vorgelesen haben, Herr Wittke. Sie halten es sich an dieser Stelle offen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die Katze ist aus dem Sack!)

Man muss sich auch vor Augen führen, dass wir das Ganze bei sorgfältigem und sauberem Arbeiten – und Energie ist ein umfassendes Thema, das wir vernünftig bewältigen wollen – gar nicht anders als auch vor dem Hintergrund sehen können, dass wir gleichzeitig in Kopenhagen in der entscheidenden Phase der Klimaverhandlungen sind. Sie findet genau jetzt statt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nordrhein-Westfalen als – darauf sind Sie immer stolz – die siebtgrößte Wirtschaftsnation der EU und die siebzehntgrößte Wirtschaftsnation der Welt geht an dieser Stelle nicht nach vorne, sondern fällt der Bundesregierung in den Rücken.

(Zurufe von CDU und FDP)

Während in Kopenhagen die entscheidenden Verhandlungen stattfinden, streichen Sie aus dem entsprechenden Landesgesetz die Zielsetzungen für die Erneuerbaren, die Kraft-Wärme-Kopplung und den Klimaschutz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie das in Nordrhein-Westfalen tun, während die Verhandlungen in Kopenhagen sich zuspitzen, wirft doch ein Schlaglicht auf Ihr Vorgehen.

Herr Wittke, ich habe Ihren Entschließungsantrag sorgfältig gelesen. Im Übrigen war es auch völliger Quatsch, was Sie eben vom französischen Atom-

strom erzählt haben. Diesen Vorwurf kenne ich seit vor dem Krieg.

(Heiterkeit von der SPD)

Mittlerweile sind wir ein Stromexportland. Früher hatten wir einen ausgeglichenen Saldo. Seit mehreren Jahren sind wir zunehmend exportierend – mittlerweile in der Größenordnung von vier großen Kraftwerken. Der Export nimmt auch weiter zu.

Wenn man Ihren Entschließungsantrag ernst nimmt, heißt das – genau diese Auffassung haben Sie in der Anhörung auch vertreten –, dass Sie jedes Kohlekraftwerk haben wollen, das in Nordrhein-Westfalen gebaut werden kann, weil dafür möglicherweise irgendwo anders in Europa dann etwas stillgelegt werden muss. Das ist für Sie die Rettung. Ihr Ziel einer Reduktion von 30 Millionen t, das schon nicht glaubwürdig war, haben Sie völlig aufgegeben.

Wie wollen Sie jemandem aus China, der auf Emissionen verzichten soll, erklären, dass wir hier nicht reduzieren, sondern zusätzliche Kraftwerke bauen, sodass die Emissionen in Nordrhein-Westfalen deutlich erhöht werden? Nichts anderes machen Sie. Während Ihrer Regierungszeit haben sich die Emissionen schon erhöht. Mit Ihrer Kraftwerksstrategie erhöhen Sie sie noch weiter; denn Sie schalten keine Altanlagen ab, sondern erhöhen den Saldo. Das wird dann mit einer europäischen Regelung begründet. Einen größeren Offenbarungseid kann man doch gar nicht leisten.

(Beifall von Svenja Schulze und Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD] – Zuruf von der CDU)

– Ja, sicher. Das steht alles in den Anträgen. Sie schreiben es selber in Ihrem Entschließungsantrag. Das ist Ihr Offenbarungseid par excellence.

Auf Deutsch gesagt heißt das: Alle Reduktionsziele, von denen Sie uns bisher erzählt haben, sind für Sie Makulatur. Sie wollen jedes Kraftwerk haben, das gebaut werden kann. Schließlich haben Sie in Ihrem Entschließungsantrag neue Kraftwerke als einen Standortvorteil im europäischen Wettbewerb bezeichnet. Das hat nichts mehr mit verantwortungsvoller Klimapolitik zu tun. Sie zeigen nicht einmal mehr das Bemühen, die Emissionen zu reduzieren, sondern wollen tatsächlich zusätzliche Anlagen bauen. Was Sie an dieser Stelle machen, kann ich überhaupt nicht mehr verstehen.

In Kopenhagen geht es um eine Überlebensfrage der Menschheit – und die siebtgrößte Wirtschaftsnation Europas ist so unanständig, sich von den Klimazielen zu verabschieden.

Das kann man nicht billigen. Deswegen beantragen wir für morgen eine dritte Lesung. Gehen Sie noch einmal in sich. Ich habe zwar wenig Hoffnung; wir können aber nichts anderes tun, als das zu versuchen. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Jetzt erhält für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal versuchen, zu den Sachverhalten zurückzukehren. Hierzu hat eine kurze Anhörung stattgefunden.

Zu der Frage, was die Streichung des § 26 LEPro bewirkt, heißt es: Die Zukunftsperspektive für die Realisierung eines Kohlekraftwerks ist nicht von der Streichung des § 26 LEPro abhängig. Da auch nach der Streichung nach wie vor die Ziele und Grundsätze des jetzigen LEP gelten, werden immer noch vergleichbare raumordnungsrechtliche Anforderungen an einen Bebauungsplan für ein Kohlekraftwerk gestellt.

Weiter wird ausgeführt: Da, wie bereits dargelegt, vergleichbare raumordnungsrechtliche Anforderungen wie bisher weiterhin in den zuvor genannten Festlegungen des LEP enthalten sind, ändert sich an den Chancen und Risiken für die Realisierung von Kraftwerksprojekten aus raumordnungsrechtlicher Sicht wenig. Eine wesentliche Änderung könnte nur ergänzend durch andere oder neue Zielsetzungen in einem neuen LEP erreicht werden.

Das ist der Sachverhalt. Ich weiß nicht, was das mit einem Klimaschutzparagrafen zu tun haben soll. Das ist ein reiner Kampfbegriff.

Das Oberverwaltungsgericht hat für die Beurteilung nicht das herangezogen, was in § 26 LEPro in Bezug auf KWK, erneuerbare Energien oder Effizienz steht, sondern nur den Begriff „vorrangig heimische Energieträger“. Es hat seine Entscheidung wie folgt begründet: Weil das Kraftwerk mit Importsteinkohle betrieben werden soll, haben wir einen Grund, es abzulehnen.

Das konnten wir uns – Sie sich wahrscheinlich auch nicht – in den letzten 30 Jahren nicht vorstellen. Denn seit 2001 ist der Anteil der importierten Steinkohle an der verstromten Kohle von 50 % auf inzwischen 70 % angestiegen.

Wenn Sie eine Änderung wie von uns vorgeschlagen nicht mitmachen wollen, müssen Sie eigentlich eingestehen, dass Sie wie die Grünen kein einziges modernes Steinkohlekraftwerk mehr wollen. Herr Römer, dann sagen Sie das den Menschen. Dass Sie es so sehen, kann man zumindest den Worten von Ulrich Kelber entnehmen, der erklärt hat – ich zitiere –: „... denn Deutschland wird mit neuen Kohledreckschleudern international völlig unglaublich.“ So äußert er sich in Bezug auf die Streichung von § 26 LEPro.

(Norbert Römer [SPD]: Sie wissen, dass das ein falsches Zitat ist!)

– Entschuldigung, der Mann ist bei Ihnen. Dann klären Sie ihn auf.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist doch eine drollige Parallele, Herr Römer.

(Norbert Römer [SPD]: Sie wissen, dass das falsch ist!)

Die Gesetzesänderung verfolgt erkennbar das Ziel,

(Norbert Römer [SPD]: Frau Thoben, Sie wissen, dass das Zitat falsch ist!)

dass der Energiekonzern E.ON in Datteln weiter den größten Kraftwerksblock Europas bauen kann. „Der Weg für weitere Klimakiller wie zum Beispiel in Krefeld und Marl wird damit frei gemacht.“

So der Geschäftsführer des BUND-NRW

Das ist der Grund. Wir machen nicht eine „Lex E.ON“, sondern wir wissen, welche Konsequenzen es hat, wenn wir nicht handeln. Wenn Sie das nicht beschäftigt, sagen Sie es den Menschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Immer wenn man es den Menschen im Detail erklärt, sagen sie: Das hat uns niemand gesagt. Man hat uns nur gesagt: Wir müssen uns beschweren.

Nichts von dem, was wir machen, bedeutet eine Abkehr von ehrgeizigen Klimaschutzzielen, erneuerbaren Energien oder KWK. Das alles stimmt nicht. Man hat mir mitgeteilt – deshalb muss ich mich daran halten –, ich dürfte nicht sagen, dass Sie lügen. Leider ist das im Parlament nicht erlaubt. Aber Sie tun es vorsätzlich.

(Beifall von CDU und FDP – Norbert Römer [SPD]: Sie sind ganz schön nervös!)

– Ich bin nervös, Herr Römer? Das wüsste ich aber. Man kann solche Debatten so führen, wie Sie es machen. Herrn Priggen nehme ich noch ab, dass er es eigentlich besser weiß, aber sagt: Wir stehen am Beginn des Wahlkampfs. Herr Römer, Ihnen nehme ich nicht mehr ab, dass Sie überhaupt noch wissen, was Arbeitnehmer in unserem Land wollen.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Warum antworten Sie dann auf den Kollegen Römer und seine Fragen?)

Das beunruhigt mich. Sie bekommen im Zuge des weiteren Verfahrens zum Energiekapitel im LEP ausreichend Möglichkeit, an der Beratung teilzunehmen. Das Beteiligungsverfahren ist für alle offen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wie viele Minuten haben wir noch?)

Diese Streichung müssen wir vornehmen! Erstens. Es ist eine juristische Doppelregelung. Zweitens. Über die weitere Formulierung der Ziele der Ener-

giepolitik können wir gerne in den anstehenden Beratungen diskutieren. Nur, was Sie den Menschen erzählen – ich sage es in aller Ruhe –, ist unverantwortlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wir stimmen als Erstes über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10387** des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie ab, der empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Gesetzentwurf 14/9853 in zweiter Lesung** mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **verabschiedet**.

Ich darf darauf hinweisen – das ist eben auch angesprochen worden –, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine **dritte Lesung** zum vorliegenden Gesetzentwurf **beantragt** haben. Nach § 73 unserer Geschäftsordnung findet die dritte Lesung statt, wenn eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtags dies beantragt. Dieses Quorum ist erreicht. Den Zeitpunkt, wann die dritte Lesung stattfindet, muss der Landtag noch bestimmen.

Durch die Tatsache, dass wir eine dritte Lesung bekommen, wird die Entscheidung über die Entschließungsanträge verschoben; über sie wird erst nach der dritten Lesung abgestimmt.

Nach § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung kann der Landtag zur Vorbereitung der dritten Lesung den Gesetzentwurf an einen oder mehrere Ausschüsse überweisen; Herr Priggen hat eben auch darauf hingewiesen. Beide antragstellende Fraktionen haben Rücküberweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie beantragt.

Darüber müssen wir abstimmen.

(Peter Biesenbach [CDU] meldet sich zu Wort.)

– Was ist das für eine Hand oder Wortmeldung? Soll das zur Geschäftsordnung sein oder eine Wortmeldung zu diesem Antrag? – Zur Geschäftsordnung. Das sind jetzt zwei Finger, nicht eine Hand. Bitte, Herr Biesenbach. Ich gebe Ihnen das Wort. Bleiben Sie ruhig sitzen.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Wir haben uns darauf verständigt, dass wir die Tagesordnung morgen früh um einen neuen Tagesordnungspunkt 4 ergänzen wollen. Das wird die dritte Lesung

sein. Dementsprechend werden wir die Rücküberweisung heute ablehnen.

Vizepräsident Edgar Moron: Damit habe ich gerechnet. – Morgen früh, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es also erst noch einen Geschäftsordnungsantrag zur Tagesordnung geben. Dann wird die dritte Lesung als Tagesordnungspunkt 4 in die Tagesordnung eingefügt. Das scheint man jedenfalls miteinander verabredet zu haben.

Dennoch stimmen wir jetzt über die **Rücküberweisung** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zur Vorbereitung der dritten Lesung ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – FDP- und CDU-Fraktion. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist die Rücküberweisung **abgelehnt** und der Tagesordnungspunkt 11 beendet.

Ich rufe auf:

12 Landesregierung verschleiert das kommunale Finanzdesaster – Kommunalfinanzbericht als Frühwarnsystem aufrechterhalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10151

Ich eröffne die Beratung. – Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns heute bereits im Zusammenhang mit der Frage einer Schuldenbremse, aber auch an vielen anderen Stellen mit der Lage der kommunalen Finanzen beschäftigt. Die Lage ist hochdramatisch und gehört – aus unserer Sicht jedenfalls – ordentlich dokumentiert. – Das zunächst vorweg, bevor ich noch einige Takte zu der kommunalen Finanzlage sage.

Die Lage ist nicht ordentlich dokumentiert. Wer das beobachtet, fragt sich natürlich nicht lange, warum das so ist, sondern kommt zu dem Ergebnis, dass sie auch nicht ordentlich dokumentiert sein soll. Denn mit Regierungsübernahme von CDU und FDP hat sich die Situation dramatisch verändert. Früher hatten wir in der Regel drei, mindestens aber zwei Kommunalfinanzberichte pro Jahr. Seit dem Jahr 2007 haben wir maximal noch einen, der in der Regel deutlich zu spät kommt, um tatsächlich als Frühwarnsystem für die kommunale Finanzlage zu dienen.

Warum ist das in dieser Situation besonders brisant? – Die kommunale Finanzlage hat sich in diesem Jahr dramatisch verschärft. In den Jahren 2010